Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 36. Montag den 5. Februar 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die **zwischen** der **Plagwitzer** und **Sebastian Bach-Straße** gelegenen **Tracte** der **David- und Moschelesstraße**, letzteren jedoch mit Ausnahme der Fußwege an den unbebauten Grundstücken, vor welchen noch kein Trottoir liegt, haben wir als **öffentliche Straßen** übernommen.

Leipzig, den 31. Januar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Holz-Auction.

Montag den 12. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Burgau auf dem diesjährigen Kahlschlage in Abth. 22 a an der Eisenbahn im Leutzscher Holze

ca. 300 eichene Stockholzhaufen gegen sofortige Bezahlung

nach dem Zuschlage und unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Kahlschlage in Abth. 22 a am Bahnhof Barneck.

Leipzig, am 26. Januar 1877.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **ständigen Hülfsgeistlichen** bei den vereinigten Parochien Leipzigs, mit welcher ein jährlicher Gehalt von 2400 ℳ verbunden ist, soll alsbald besetzt werden.

Wir fordern geeignete Bewerber hierdurch auf, ihre diesbezüglichen Gesuche bis zum **20. Februar dieses Jahres** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 29. Januar 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Lieferung von Schulbänken.

Die Lieferung von 200 Stück neuen Schulbänken für die hiesigen Bollschulen soll mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern an den Mindestfordernden vergeben werden. Anschlagsformulare und Bedingungen sind auf der Schulexpedition zu erhalten. Die Gebote sind bis zum 9 Februar d. J. Abends 6 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „Schulbänke" versehen bei der Schulexpedition einzureichen.

Leipzig, am 1. Februar 1877.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz.

Realschule II. Ordnung
(Hospitalstraße 3).

Die **Anmeldung neuer Schüler** für **Ostern** erbitte ich mir **Mittwoch den 7. und Donnerstag den 8. Februar** Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr. Die Michaelis-censur, das Taufzeugniß (der Geburtsschein) und der Impfschein sind beizubringen und werden nach genommener Einsicht sofort zurückgegeben.

Die **Aufnahmeprüfung** findet **Mittwoch den 21. Februar** früh 8 Uhr statt.

Dir. Dr. **Pfalz.**

Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der **höhern Abtheilung**, deren **Reifezeugnisse zum einjährig freiwilligen Militairdienst berechtigen**, am **5. April.** Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11 bis 12½ Uhr und Prospecte sind im Schulgebäude zu erhalten.

Dr. Odermann, Director.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 4. Februar.

Der Abg. **Miquel** veröffentlicht folgende Erklärung:

„Bei meiner Ankunft in Berlin wurde ich auf einen Artikel der „Germania" aufmerksam gemacht, welcher nach der Darstellung eines Correspondenten aus Waldeck behauptet, ich habe mich in einer dortigen Versammlung im December v. J. in folgendem Sinne geäußert:

„Preußen müsse mehr und mehr in Deutschland aufgehen; er (Redner) halte den Fall nicht für unmöglich, daß es in Zukunft kein preußisches Abgeordnetenhaus und damit kein preußisches Herrenhaus mehr gebe, was noch weniger zu beklagen sei; daß die wenigen Angelegenheiten Preußens zugleich vom Reichstage erledigt würden. Die übrigen Staaten, Bayern, Württemberg u. s. w., möchten ihre Könige u. s. w. mit ihren Ehrenrechten behalten. Diese Länder würden aber im Uebrigen eine Stellung zum Reiche einnehmen, wie etwa jetzt die Provinzen zum größern Staatswesen."

Der Sachverhalt ist dieser:

Zur Zeit der Stichwahlen in München wurde ich von dort telegraphisch gebeten, eine von der Gegenpartei verwerthete angebliche Aeußerung von einem Aufgehen Bayerns in den deutschen Einheitsstaat zu dementiren. Ohne Kenntniß von dem Inhalt des „patriotischen" Aufrufs und der Quelle, aus welcher derselbe geschöpft war, beschränkte ich mich darauf, die Aeußerung für erfunden zu erklären. Jetzt erst ersehe ich, daß die „Germania" im Wesentlichen jene Aeußerungen wenigstens dem Sinne nach wiederholt und daß das Referat auch in andere Blätter übergegangen ist. Der von der „Germania" verfolgte Zweck tritt deutlich genug hervor, indem sie meine angeblichen Aeußerungen für Anschauungen der gesammten nationalliberalen Partei erklärt. In den Versammlungen in Corbach und Arolsen führte ich den Gedanken aus, daß, nachdem in Deutschland ein einheitliches Heerwesen, eine einheitliche Politik nach außen, ein einheitliches Zollsystem, ein einheitliches Gebiet für freie Niederlassung und freies Gewerbe hergestellt, an den wesentlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaats nur noch die einheitliche Justizverfassung gefehlt habe. Wie im Parlament, so bezeichnete ich auch hier letztere als ein Fundament nationalen Lebens, welches von einer bestimmten Verfassung Deutschlands völlig unabhängig sei. Ich wies die gegen die nationalliberale Partei vielfach erhobenen Vorwürfe übermäßiger Centralisationssucht zurück, indem ich die preußische Decentralisationsgesetzgebung schilderte, ich zeigte bei dieser Gelegenheit die Bedeutung dieser Gesetzgebung und namentlich der Erweiterung der größeren Selbstständigkeit der Provinzen für die deutsche Entwickelung. Ich wies darauf hin, daß nach der Erweiterung des Gesetzgebungsgebiets des Reichs auf der einen Seite und der Selbstverwaltung der großen preußischen Provinzen auf der andern Seite das Feld der Thätigkeit für den preußischen Landtag sich allmälig vermindere, und habe vielleicht bei dieser Gelegenheit den Gedanken hingeworfen, daß einmal die Zeit kommen könne, wo die preußischen Mitglieder des Reichstags zugleich den Landtag bildeten. Dieser Entwickelungsproceß mache gerade das sogenannte Aufgehen Preußens in Deutschland erst recht möglich, während ein großes centralistisch regiertes Preußen viel weniger homogen mit den übrigen Zuständen in Deutschland sei. Ich erinnere mich bestimmt, gegen eine mechanische Gleichmacherei polemisirt und gerade den Satz ausgeführt zu haben, daß eine weitere Beschränkung der Stellung der Einzelstaaten und der Rechte der Fürstenhäuser durch kein deutsches Interesse geboten sei. Niemals habe ich den Satz ausgesprochen, daß man unter Verletzung der Reichsverfassung den Fürsten „nur einige Ehrenrechte" oder „Ehrenrechte" lassen solle; im Gegentheil wollte ich darlegen, daß die geschilderte Entwickelung der inneren Zustände Preußens, welche gerade von unserer Partei auf das Entschiedenste gefördert wird, eine solche Gefahr, wenn sie überhaupt vorhanden, zu beseitigen geeignet sei.

Diese Gedanken sind in meinem Munde nicht neu. Ich habe sie zu den verschiedensten Zeiten in den Parlamenten und außerhalb derselben ausgesprochen. Ich habe stets, wie meine politischen Freunde überhaupt, auf dem Boden des deutschen Bundesstaats gestanden und glaube denselben um so mehr zu befestigen, je rückhaltloser ihm von allen Seiten diejenigen Attribute gegönnt werden, welche kein nationaler Bundesstaat entbehren kann. Ich wundere mich übrigens, daß gerade ich, und zwar noch nach den Wahlen, auch von süddeutschen Blättern für einen Verkündiger des deutschen Einheitsstaates erklärt werde, da doch aus den Verhandlungen der Justizcommission, an welcher ja auch Mitglieder der bayerischen „patriotischen" Partei theilnahmen, noch in frischer Erinnerung sein muß, daß ich bei der Erörterung über die Frage des obersten Gerichtshofes in Bayern und andere, für die Stellung der Einzelstaaten höchst wichtige Fragen überall auf das Entschiedenste bemüht war, die Grenzlinie zwischen Einzelstaat und Bundesstaat sorgfältig zu wahren.

Ebenso wenig wie der Correspondent der „Germania" kann ich mich selbstverständlich der einzelnen Worte mehr erinnern. Einen andern Sinn, als den dargelegten, können sie nicht gehabt haben, weil dieser allein meiner langgehegten Ueberzeugung entspricht, und ich glaube wohl den Anspruch erheben zu dürfen, ein zuverlässigerer Interpret meiner Gedanken zu sein, als der Zuhörer der „Germania", welcher meine Worte in dem von ihm vielleicht gewünschten Sinne verstanden hat.

J. Miquel."

Dieser Erklärung ist noch hinzuzufügen daß auch in einer Arolser Correspondenz des „Waldeckschen Anzeigers" erklärt wird, Herr Miquel habe „auch keine einzige Aeußerung gethan, die nur im Entferntesten im Sinne des ultramontanen Blattes gedeutet werden könnte."

Nach längeren Verhandlungen zwischen dem nationalliberalen Central-Wahlcomité auf der einen und Meininger und Breslauer Parteigenossen auf der andern Seite hat es sich nunmehr entschieden, daß der Abg. Lasker das Mandat für Breslau ablehnt und die Wahl in Meiningen definitiv annimmt. Auch der Abg. Hänel hat sich für Ablehnung in Breslau und Annahme in Kiel entschieden. Der Hergang der Verhandlungen in der Lasker'schen Angelegenheit war kurz gefaßt folgender: Von Breslau aus wurde dringend verlangt, daß Herr Lasker angesichts der Schwierigkeiten, welche ein nochmaliger Wahlkampf bereiten würde, dort annehmen möchte. Herr Lasker, welcher seinem alten Wahlkreise, der ihn bereits dreimal zum Vertreter gewählt, auf mehrfache Aufforderungen die Annahme des Mandats im Falle der Wiederwahl zugesagt hatte, konnte dies Versprechen nur zurücknehmen, wenn die Meininger selbst ihn von demselben entbanden. Das Centralwahlcomité, in voller Würdigung der Wichtigkeit des Wahlsitzes in der zweiten Hauptstadt des Landes, wandte sich dieserhalb brieflich an vier hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Partei in Saalfeld, Pößneck, Gräfenthal und Sonneberg. Es erklärte sich bereit, eine Deputation nach Meiningen zu schicken, um über die Gründe, welche einen Verzicht der Meininger Freunde auf Lasker's Versprechen wünschenswerth erscheinen ließen persönlich zu verhandeln. Auf diese Mittheilungen erfolgte von allen vier Seiten einmüthig die telegraphische Erklärung, daß ein solcher Verzicht unmöglich sei, und daß die Meininger unter keinen Umständen dazu mitwirken könnten, daß Lasker das Mandat für ihren Kreis aufgäbe. Nähere briefliche Erläuterungen ließen jeden weitern Versuch, durch persönliche Besprechungen die Meininger zu einem andern Entschluß zu bewegen, als aussichtslos erscheinen. Selbstverständlich konnte aber ohne die freie Zustimmung des älteren Wahlkreises weder der Abg. Lasker die Wünsche der Breslauer erfüllen, noch das Centralcomité ihn zu solcher Erfüllung auffordern. Eine Deputation der Breslauer Parteigenossen, welche jüngst in Meiningen anwesend war, überzeugte sich auch ihrerseits, daß es außer der Macht des Centralcomité liege, diese Lage zu ändern. — Wenn an irgend einem Orte, so sind nunmehr in Breslau die liberalen Parteien darauf angewiesen, sich über die Wahlen zu verständigen und gemeinsam die Schmach abzuwenden, daß auch die zweitgrößte Stadt des Landes eine socialdemokratische Vertretung im Reichstage erhalte. Diese Aufgabe liegt so klar vor Augen, daß bei dem gesunden und patriotischen Sinne der Breslauer Bürgerschaft diese oberste Pflicht sicher über alle untergeordneten Zwistigkeiten den Sieg davontragen wird. Wenn Dies geschieht und wenn die 34 Procent der Wähler, welche bei den letzten Wahlen noch unbetheiligt geblieben und ohne Zweifel nicht zur Socialdemokratie zu rechnen sind, nur zum Theil ihre Schuldigkeit thun, ja wenn nur alle Diejenigen, welche bei der Stichwahl an der Urne erschienen, sich dieser doch wahrlich nicht großen Mühe nochmals unterziehen, so ist ein socialdemokratischer Sieg nicht zu befürchten. Ueber die Candidatenfrage sind die Verhandlungen noch in der Schwebe.

Nach der Lebensstellung gehören dem neuen Reichstage an 109 Rittergutsbesitzer (darunter einige päpstliche Kämmerer), 28 Rechtsanwälte und Advocaten, 26 Rentiers (darunter mehrere Geh. Räthe und ein Generallieutenant a. D.), 16 Redacteure, Schriftsteller und Literaten, 13 Universitäts-Professoren, 1 Privatdocent, 18 katholische Pfarrer, Domherren, Erzpriester ꝛc. (ein evangelischer Geistlicher ist nicht gewählt), 11 Kaufleute, je 9 Appellräthe und Fabrikanten, je 8 Ober- und Bürgermeister und Landräthe, 6 Kreisgerichtsräthe, 5 Obertribunalräthe, 2 active Minister (Falk und Friedenthal), 5 Minister a. D. (v. Bonin, Windthorst, v. Bernuth, v. Barnbüler und v. Biegeleben), 2 Botschafter (Stolberg und Hohenlohe), 4 Stadträthe und Landgerichtsräthe, je 3 Aerzte, Assessoren, Stadtgerichtsräthe, Amtsräthe, je 2 Oekonomieräthe, Buchhändler, Directoren von Irrenanstalten, Kammerherren, Landesdirectoren, Oekonomen, Holzhändler, Hüttenbesitzer, Oberamtsrichter, Bergräthe, Bankdirectoren, Bierbrauer, Finanzräthe, Kreisgerichts-Directoren und Handelskammerpräsidenten, je 3 Bezirksgerichtsräthe und Oberpräsidenten, je 1 Landschaftsdirector, Feldmarschall, Polizeipräsident ꝛc. ꝛc.

Der „Köln. Ztg." wird aus Paris geschrieben: In den hiesigen officiellen Kreisen wird befürchtet, daß es doch zum Kriege kommen könnte, oder man stellt sich wenigstens so und erregt Besorgnisse wegen der Haltung Deutschlands. Den nächsten Anlaß dazu soll der Artikel der „Prov.-Corresp." abgeben, worin die „Revue des deux Mondes" abgefertigt wird. In Frankreich hat man sich noch keineswegs mit der letzten Vergangenheit versöhnt und würde sich jeder richtige Franzose es als ein Mangel an Patriotismus anrechnen, wenn er nicht, so oft es thunlich ist, seine deutschfeindliche Gesinnung zur Schau trüge. Von oben herab geschieht Nichts gegen Kundgebungen dieser Art; denn wenn die höchsten Kreise für den Augenblick auch nicht an Krieg denken, so fürchten sie doch zu sehr, sich unpopulär zu machen, wenn sie der Deutschenfresserei entgegentreten würden. Daß die Regierung die Presse so ziemlich in der Hand hält, wenn sie wollte, geht zur Genüge aus der eben erfolgten Suspendirung des Blattes Les Droits de l'Homme hervor.

Aus Wien telegraphirt man der „Post": Oesterreich hat gegen die Forderung Montenegros, daß es die Suttorina erhalte, Einsprache erhoben. — Die französische Botschaft macht große Anstrengungen, Oesterreichs Theilnahme an der Pariser Weltausstellung herbeizuführen, indem sie zugleich auf Ungarns Betheiligung hinweist.

Wie die „Politische Correspondenz" erfährt, ist die Antwort der Pforte auf das Verlangen Serbiens in Betreff der Mittheilung der Garantien für die künftige Haltung Serbiens der Art ausgefallen, daß die serbische Regierung vorerst die Verhandlungen nicht fortsetzen könne. Die von der Pforte verlangten Garantien machen den von ihr selbst angebotenen status quo ante illusorisch.

Nach einem Telegramm aus Bukarest hat die rumänische Regierung ihre Agenten im Auslande neuerlich angewiesen, die Gerüchte über einen angeblichen Allianzvertrag zwischen Rußland und Rumänien für unbegründet zu erklären mit dem Hinzufügen, daß von der Betheiligung Rumäniens an einer eventuellen Kriegsaction keine Rede sein könne.

Aus Petersburg wird gemeldet: Auswärtige Zeitungen sprechen von Organisation des Landsturmes. Alles darüber Gesagte ist nicht richtig. Nirgends fanden Landsturmberufungen statt. Es liegt Nichts vor, als die längst erwartete ergänzende Novelle zum Wehrpflichtgesetz. Insonderheit hat der Minister des Innern einzelnen Gemeinden keine Darlehen oder Vorschüsse für die Organisation des Landsturmes bewilligt.

Der „Petersburger Regierungsanzeiger" bringt genaue Daten über den sanitären Zustand der Südarmee, aus denen sich ergiebt, daß von in Summa 180,000 Mann nur 1889 erkrankten, mithin nur ein Procent des Bestandes. Diese Ziffer sei als eine ungünstige nicht anzusehen und bleibe nur zu wünschen, daß auch künftig das Procentverhältniß der Erkrankungen nicht zunehme.

Der Papst hat aus Anlaß der Frage, ob die Katholiken sich an den politischen Wahlen betheiligen sollen, ein vom 29. v. M. datirtes Breve an die katholischen Vereine gerichtet, welches mit Bedauern die diesbezüglich unter den Katholiken herrschende Meinungsverschiedenheit constatirt und erklärt, daß die kirchlichen Behörden noch nicht darüber schlüssig geworden seien, ob besonders in den ehemals päpstlichen Staaten die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gestattet sei. Der Zweck der katholischen Vereine sei jedenfalls in erster Linie der Jugendunterricht, Uebung der Werke der Barmherzigkeit und der Vertheidigung der Kirche. Wenn man an den Wahlen Theil nehme, würde man einen ungewissen Erfolg einem gewissen vorziehen. Der Papst fordert schließlich die weltlichen Vereine auf, in die eigenen Meinungen nicht die geistlichen Behörden hineinzu-

SLUB
Wir führen Wissen.